

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 29. Juni 2006, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Werner Wunderlin, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 48
 Mitglieder des Gemeinderates: 7
 Martin Frey, Leiter Finanzabteilung
 Franz Hard, Schulpflegepräsident

Protokoll: Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt Werner Hartmann, Mitglied des Einwohnerrates, WetliGrünen
 Markus Widmer, Mitglied des Einwohnerrates, FDP
 Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 2006
 - 2.1 Einbürgerung; Badalamenti Giovanni, geb. 5. Juli 1971, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Staffelstrasse 52
 - 2.2 Einbürgerung; Bitonti Jessica, geb. 7. Oktober 1992, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 102
 - 2.3 Einbürgerung; Murati Mustafa, geb. 31. August 1984, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 101
 - 2.4 Einbürgerung; Özveren Incilay, geb. 19. Januar 1991, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Sonnrainweg 3
 - 2.5 Einbürgerung; Sippel Isabelle, geb. 4. Februar 1981, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Herrenbergweg 10c
 - 2.6 Einbürgerung; Ünlüdag-Manis Fatma, geb. 2. Februar 1974, Ünlüdag Hasret, geb. 6. November 1995, und Ünlüdag Hüseyin, geb. 27. September 2001, alle türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 101
 - 2.7 Einbürgerung; Vilenica-Ljubicic Marija, geb. 4. Oktober 1964, Vilenica Marijan, geb. 26. Oktober 1991, Luka-Ivan, geb. 4. April 1994, und Katarina, geb. 11. September 1996, alle kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Rankstrasse 9

- 2.8 Einbürgerung; Vukovic Vlatko, geb. 22. September 1958, Vukovic-Avdishpahic Nermina, geb. 12. August 1964, Vukovic Boris, geb. 25. Januar 1995, und Vukovic Dijana, geb. 31. Mai 1997, alle bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 40
3. Verwaltungsrechnung 2005
4. Rechenschaftsbericht 2005
5. Finanzplan 2006-2010
6. Kreditbegehren von Fr. 210'000.00 für die Erstellung eines kommunalen Salzsilos mit Muldenanlage
7. Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen

0 Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Der Beschluss der Einwohnerratssitzung vom 11. Mai 2006, der dem fakultativen Referendum unterstanden hat, ist in Rechtskraft erwachsen.

0.b Traktandenliste

Die Traktanden "Kreditbegehren Salzilo" und "Konzept familienergänzende Kinderbetreuung" werden getauscht, so dass das Konzept als letztes Traktandum behandelt wird.

0.c Gratulationen

Der Einwohnerratspräsident gratuliert Pius Benz zu seiner Wahl als Bezirksrichter. Ebenfalls gratuliert er Reto Würmli zur Heirat am 20. Juni 2006 (20.06.2006) und wünscht ihm alles Gute.

0.d Neueingänge

0.d.a Postulat Fraktion SP/WettiGrün vom 29. Juni 2006 betreffend Überprüfung Raumprogramm Schulhaus Altenburg

Der Gemeinderat wird aufgefordert, für den Umbau der Schulanlage Altenburg das vor drei Jahren erstellte Raumprogramm nochmals zu überprüfen. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass in Zukunft ein Mittagstisch mit Randzeitenbetreuung in der Schule geführt werden wird. Ausreichend grosse Räumlichkeiten mit einer separaten Küche bilden dazu eine Grundlage.

Begründung

Der vorliegende Zwischenbericht stützt sich auf das vor drei Jahren erstellte Raumprogramm, in dem ein Mittagstisch-Raum von ca. 70 m² vorgesehen ist. Der Schulhausumbau ist allerdings ein langfristiges, zukunftsorientiertes Projekt. Das renovierte und erweiterte Schulhaus Altenburg muss den Bedürfnissen der nächsten Jahrzehnte gerecht werden. Sowohl die Unterrichtsformen wie auch die Strukturen rund um die Schule werden sich mittel- und langfristig ändern.

Dies zeigt sich u.a. darin, dass im Nationalrat in der Herbstsession 2005 über alle Parteien hinweg fünf gleichlautende parlamentarische Initiativen eingereicht worden sind, mit dem Ziel, das Anliegen der familien- und schulergänzenden Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Bundesverfassung zu verankern.

Auf kantonaler Ebene wurde im Oktober 2004 die Initiative "Schule und Familie" vom Aarg. Lehrer- und Lehrerinnen-Verband eingereicht, die verlangt, dass flächendeckende Tagesstrukturen an Kindergarten und Volksschule angeboten werden. Zudem sieht die Wirtschaftswachstumsinitiative 2005 des Regierungsrates des Kantons Aargau vor, Tagesstrukturen an der Volksschule zu schaffen.

Auf Gemeindeebene sieht das Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen vor, Blockzeiten und einen Mittagstisch mit Randzeitenbetreuung einzuführen. Diese Projekte werden in naher Zukunft realisiert werden. Um einen Mittagstisch mit Randzeitenbetreuung (= Tagesstruktur) qualitativ gut führen zu können, sind – aufgrund der geplanten Anzahl Plätze im Grundlagenkonzept - zwei Räume (à 60 bis 70 m²) mit einer separaten Küche nötig.

0.d.b Interpellation Hartmann Werner vom 29. Juni 2006 betreffend aktueller Stand und versprochene zweite Phase des Zentrumsplatzes

Am 9. Februar 2003 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit 2'116 Ja gegen 1'768 Nein in einer Referendumsabstimmung dem Kreditbegehren Zentrumsplatz eher knapp zugestimmt und einen Bruttokredit von Fr. 2'870'000.00 (netto Fr. 1'680'000.00) bewilligt.

Am 12. Mai 2005 hat der Einwohnerrat einem weiteren Kreditbegehren von Fr. 195'000.00 für die Ausgestaltung des Zentrumsplatzes mit zusätzlicher Bepflanzung und Natursteinpflasterung sowie einem Kreditbegehren von zusätzlichen Fr. 196'000.00 für eine Springbrunnenanlage zugestimmt. Die ursprünglich geplanten Nettokosten für den Zentrumsplatz haben sich damit um rund 25 % erhöht.

In der Abstimmungsvorlage wurde von verschiedenen Etappen der Überbauung Zentrumsplatz gesprochen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger konnten davon ausgehen, dass in einem absehbaren Zeitraum auch die weiteren Phasen des Zentrumsplatzes realisiert werden. Es ist fraglich, ob die Kreditvorlage ohne dieses politische Versprechen auch eine Mehrheit erhalten hätte. Im neu vorliegenden Finanzplan 2006 - 2010 wird im Investitionsprogramm die Planung einer 2. Etappe Zentrumsplatz ab 2007 aufgeführt mit niedrigem Dringlichkeits-Code 5. Der Gemeinderat hat eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe lässt den Schluss zu, dass es hier in erster Linie um die Auslagerung des Werkhofs EW geht und nicht um eine Aufwertung des Zentrumsplatz als Begegnungszentrum für die Bevölkerung.

Ich bitte den Gemeinderat die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Kann im heutigen Zeitpunkt bereits abgeschätzt werden, ob sich die Nettokosten für den Zentrumsplatz weiter erhöhen werden?
2. Kann im heutigen Zeitpunkt schon eine Aussage gemacht werden, ob beim Zentrumsplatz ein Café oder Restaurationsbetrieb angesiedelt wird?
3. Wird die Idee einer Bühne, allenfalls auch transportabel, umgesetzt?
4. In welcher Form und in welchem Rahmen wird der Zentrumsplatz nach Vollendung der Bevölkerung übergeben? Ist ein Einweihungsfest geplant?
5. Hat der Gemeinderat auch Vorstellungen bezüglich der Ausgestaltung der weiteren Phasen des Zentrumsplatzes nach einer Auslagerung Werkhof EW?

0.e.c Motion SVP-Fraktion vom 29. Juni 2006 zur Reduktion des Steuerfusses um 3 % per 1. Januar 2007

Der Gemeinderat wird ersucht, den Voranschlag 2007 auf der Basis eines um 3 % auf 86 % reduzierten Steuerfusses zu erstellen.

Begründung

Am 3. März 2003 hat unsere Fraktion eine Motion zur Senkung des Steuerfusses von 95 % auf 90 % eingereicht. Aus dieser Motion entstand in der politischen Ausmarchung unter den bürgerlichen Parteien ein Kompromiss und der Steuerfuss wurde ab Rechnungsjahr 2004 auf 92 % gesenkt.

CVP und FDP hatten Bedenken, dass eine Senkung auf 90 % zu grosse Einnahmehausfälle bewirken würde. Die Jahresrechnung 2004 schloss hingegen mit einem Ertragsüberschuss von 4.25 Mio. Franken ab, was zeigt, dass diese Bedenken nicht gerechtfertigt waren. Das Ergebnis 2004 ist gegenüber dem Voranschlag um 2.3 Mio. (85 %) besser ausgefallen.

Letztes Jahr hat die SVP erneut eine Senkung des Steuerfusses um 5 - 7 % auf 85 - 87 % gefordert. Wiederum wurden vom Gemeinderat Szenarien über einen sich rasch verschlechternden Finanzhaushalt der Gemeinde in den Raum gestellt. Und nun müssen wir im Rechnungsabschluss wiederum einen Millionenüberschuss zur Kenntnis nehmen.

Nun liegt der Finanzplan für die nächsten fünf Jahre vor und es wird offensichtlich, dass trotz der steuerlichen Entlastungen auf kantonaler Ebene und trotz einem gegenüber früheren Jahren massiv ausgebauten Investitionsprogramm stets Überschüsse von bis zu fast 5 Mio. Franken entstehen werden.

Der unerwartete Einnahmenezufluss führt dazu, dass die Gemeinde nicht mehr in der Lage ist, mögliche Abzahlungen von Darlehen vorzunehmen. Daraus resultiert die groteske Situation, dass die Gemeinde erhebliche Schuldzinsen zahlen muss, während sie selbst zu viel schlechteren Bedingungen Geld ausleihen muss. Besonders ausgeprägt ist diese Situation, wenn man berücksichtigt, dass im EWW ein zweistelliger Millionenbetrag auf einem Kontokorrentkonto liegt. Der vom Einwohnerrat verlangte Cash Pool ist bis heute nicht realisiert!

Die Inkraftsetzung des revidierten Steuergesetzes auf den 1. Januar 2007 ist unsicher. Sollte es nicht kommen, wäre schon im kommenden Jahr ein Überschuss in der Gemeinde Wettingen von sehr deutlich über 5 Mio. Franken zu erwarten.

Ab 2007 wird dann auch noch der neue Lohnausweis in Kraft treten und nochmals zu erheblichen Mehreinnahmen bei den Steuern der natürlichen Personen führen.

Eine Steuerfusssenkung ist somit in jeder Beziehung zu verantworten und steigert die Attraktivität der Gemeinde. Auch eine Steuersenkung ist eine Investition. Als Gemeinde im Kanton Aargau leidet eben Wettingen auch unter der ungünstigen und sich verschlechternden Steuersituation des Kantons (natürliche Personen von Platz 5 auf Platz 6 abgerutscht, juristische Personen von Platz 15 auf Platz 19 der Kantone abgerutscht). Wenn eine Gemeinde schon eine Möglichkeit hat, diesem Trend entgegenzuwirken, sollte sie es tun.

0.e.d Postulat Wetzel Josef vom 29. Juni 2006 betreffend Erweiterung der Tempo 30 Zone im Quartier Schöpflihusen/Bernau

Der Gemeinderat wird ersucht, dafür zu sorgen, dass die Tempo 30 Zone im Quartier Schöpflihusen/Bernau auf den im Konzept von 1999 definierten grossen Perimeter ausgedehnt wird. Damit sollen neu die Tägerhardstrasse von deren Beginn bis zur Hausnummer 61 und die Gebiete zwischen diesem Strassenstück und der bestehenden Tempo 30 Zone verkehrsberuhigt werden.

Begründung

- Das gesamte Quartier Schöpflihusen/Bernau ist ein reines Wohnquartier mit einer Bevölkerung aus allen Alterskategorien. So sind auf den erwähnten Strassen Kinder auf dem Schulweg und zu Sport und Freizeitaktivitäten unterwegs, ebenso dienen die Verkehrsflächen betagten Menschen, auf denen sie zu Fuss und mit dem Velo unterwegs sind.
- Die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Quartiers haben sich, vertreten durch den Quartierverein Wettingen Chloster schon bei der Stellungnahme zum Konzept von 1999 für den grossen Perimeter ausgesprochen und dabei insbesondere den Schleichverkehr durch das Quartier, der die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden stark beeinträchtigt, im Auge gehabt. Dieser Schleichverkehr hat inzwischen weiter zugenommen.
- Das seit zwei Jahren bestehende Einkaufszentrum "Tägipark" wurde mit der Auflage bewilligt, dass die Erschliessung von Osten (Halbartenstrasse) her zu erfolgen habe. Ausserdem wurde bei der Parkhausausfahrt auf die Tägerhardstrasse ein Abbiegeverbot Richtung "West" auf Verlangen des Quartiervereins Chloster verfügt. Trotz diesen Massnahmen wählen immer mehr zuliefernde Lastwagen und Kunden den Weg über Weber-/ Tägerhardstrasse und belasten somit das Wohnquartier immer stärker.
- Mit dem geplanten Zentrum "Tägipark 2. Etappe" ist ein neuer Magnet am Entstehen, der den Verkehr weiter anwachsen lassen wird. In der Ausschreibung dieses Projekts sind Verkehrsbeziehungen vorgesehen, welche auch die Zu- und Wegfahrt von und nach Westen durch das Quartier Schöpflihusen/Bernau ermöglichen.

Wettingen ist immer noch ein attraktiver Wohnort gerade auch für Familien. Sie und alle anderen zufriedenen Einwohnerinnen und Einwohner tragen zu einer lebendigen Gemeinde bei und sind für die soliden Steuereinnahmen der Gemeinde verantwortlich. Viele von ihnen leben im Quartier Schöpflihusen/Bernau wegen seiner Wohnqualität. Es ist daher wichtig, einer akuten Bedrohung dieser Qualität, wie sie der laufend zunehmende Verkehr darstellt, rechtzeitig entgegenzutreten. Die Ausdehnung der Tempo 30 Zone im hier geforderten Ausmass leistet einen Beitrag zur Bewahrung der Wohnqualität.

1 Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 2006

Das Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 2006 wird genehmigt und der Verfasserin dankt.

2 Einbürgerungen

2.a Einbürgerung; Badalamenti Giovanni, geb. 5. Juli 1971, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Staffelstrasse 52

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

2.b Einbürgerung; Bitonti Jessica, geb. 7. Oktober 1992, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 102

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

2.c Einbürgerung; Murati Mustafa, geb. 31. August 1984, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 101

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

2.d Einbürgerung; Özveren Incilay, geb. 19. Januar 1991, türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Sonnrainweg 3

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

2.e Einbürgerung; Sippel Isabelle, geb. 4. Februar 1981, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Herrenbergweg 10c

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

2.f Einbürgerung; Ünlüdag-Manis Fatma, geb. 2. Februar 1974, Ünlüdag Hasret, geb. 6. November 1995, und Ünlüdag Hüseyin, geb. 27. September 2001, alle türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 101

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

- 2.g Einbürgerung; Vilenica-Ljubcic Marija, geb. 4. Oktober 1964, Vilenica Marijan, geb. 26. Oktober 1991, Luka-Ivan, geb. 4. April 1994, und Katarina, geb. 11. September 1996, alle kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Rankstrasse 9**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

- 2.h Einbürgerung; Vukovic Vlatko, geb. 22. September 1958, Vukovic-Avdispahic Nermina, geb. 12. August 1964, Vukovic Boris, geb. 25. Januar 1995, und Vukovic Dijana, geb. 31. Mai 1997, alle bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 40**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 38 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

3 Verwaltungsrechnung 2005

Eintreten

Patrick Bürgi: Der Gemeinderat präsentierte der Finanzkommission und dem Einwohnerrat wie in den vergangenen Jahren ein sehr erfreuliches Rechnungsergebnis 2005. Ein Ertragsüberschuss nach vorgeschriebenen Abschreibungen und Pflichtabschreibungen in der Höhe von rund Fr. 4.9 Mio. konnte für zusätzliche sowie für vorausgenommene Abschreibungen verwendet werden. Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf rund Fr. 4.9 Mio., was bei einer Selbstfinanzierung von rund Fr. 5.9 Mio. einen Selbstfinanzierungsgrad von 120.6 % ergibt. Der massgebende Restbuchwert des Verwaltungsvermögens ist per Ende 2005 auf Null abgeschrieben! Die Schulden der Gemeinde Wettingen konnten beinahe vollumfänglich abgebaut werden. Die Nettoschuld pro Einwohner reduzierte sich auf Fr. 10.00. Die Steuerkraft je Einwohner ist weiter auf Fr. 2'612.40 gestiegen. Massiven Überschuss hat erneut der Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasser generiert. Die Schuld der Einwohnergemeinde gegenüber der Abwasserbeseitigung beläuft sich mittlerweile auf rund Fr. 5.8 Mio. Die künftig anstehenden Investitionen im Abwasserbereich werden ohne weiteres realisierbar sein.

Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Budget von rund Fr. 3.6 Mio. ist insbesondere auf wenige Faktoren wie Betriebsdefizitbeiträge Kantonsspitäler und Spitäler/Krankenhäuser, materielle Hilfe an Private, Rückerstattungen Sozialhilfe, Kantonsbeitrag SPG (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz), Einkommens- und Vermögenssteuer sowie die Grundstückgewinnsteuer zurückzuführen. Beispielsweise betrug der Nettoaufwand der materiellen Hilfe an Private, Rückerstattungen und Kantonsbeitrag SPG im Rechnungsjahr 2005 rund Fr. 2.5 Mio., also rund Fr. 0.5 Mio. tiefer als im Budget 2005 und ebenfalls knapp Fr. 0.3 Mio. tiefer als in der Rechnung 2004. Insgesamt trugen hauptsächlich die höheren Steuereinnahmen (Einkommens- und Vermögenssteuern + 3.9 % gegenüber Budget) zum erneut positiven Rechnungsergebnis bei.

Sehr erfreulich ist erneut der detaillierte Rechenschaftsbericht 2005, Finanzen und Steuern, der Finanzverwaltung, welcher der Finanzkommission zur Prüfung der Jahresrechnung ebenfalls zur Verfügung gestanden hat. An dieser Stelle gebührt dem Finanzverwalter Martin Frey und seinen Mitarbeitenden ein grosses Lob und Dankeschön! Dem Wunsch der Finanzkommission wurde Rechnung getragen und insbesondere das Steuerwesen mit 9 Seiten detaillierter abgebildet. Daraus ist auch die hervorragende Arbeit des Steueramtes nicht nur in qualitativer Hinsicht, sondern auch in quantitativer Hinsicht ersichtlich: Der Veranlagungsstand für das Steuerjahr 2004 lag bei 69.9 % (Steuerjahr 2003: 69.7 %). Der Taxierungsstand (Anteil eingeschätzter aber noch nicht definitiv veranlagter Steuererklärungen) liegt sogar bei 81.3 % (+1.2 %)! Die Arbeitsweise der Gemeinde ist absolut effizient! Die Entwicklung der Steuerpflichtigen zeigt insgesamt eine steigende Tendenz von total 11'707 Steuerpflichtigen Ende 2005. Ebenfalls ist im Rechenschaftsbericht auch die vom Einwohnerrat geforderte Einkommens- und Vermögensstruktur der Steuerpflichtigen vorhanden. Deutlich wird dabei, dass 40 % der Steuerpflichtigen ein steuerbares Einkommen von weniger als Fr. 39'900.00 und 67.2 % ein steuerbares Vermögen von Fr. 0.00 ausweisen.

Im Auftrag der Finanzkommission hat die BDO Visura in einer Schwerpunktsprüfung das Inventurwesen sowie das Regionale Zivilstandsamt geprüft. Insbesondere die Überprüfung der Arbeitsweise des Inventuramtes (Gemeindekanzlei) im Zusammenhang mit den Schenkungssteuern hat Handlungsbedarf ergeben. Der Gemeinderat ist diesbezüglich aufgefordert, die entsprechende Arbeitsanweisung betreffend intensivere Abklärungen der Sachverhalte und verstärkter Zusammenarbeit mit dem Steueramt zu erlassen. Bei der Prüfung des Regionalen Zivilstandsamtes wurde festgestellt, dass bisher keine internen Verrechnungen für Raumaufwand und allgemeine Verwaltungskosten erfolgten. Diese beiden Grössen haben massgeblichen Einfluss auf die Abrechnung des Zivilstandsamtes, dies vor allem auch für die Weiterverrechnung für die angeschlossenen Gemeinden. Nach Ansicht der Finanzkommission ist die Empfehlung der BDO Visura diesbezüglich von sehr grosser Wichtigkeit und der Gemeinderat ist angehalten, künftig Abrechnungen erstellen und den Verbandsgemeinden die effektiven Kosten in Rechnung stellen zu lassen. Die Empfehlungen der BDO Visura im Bericht zur Rechnung 2004 wurden im Rechnungsjahr 2005 vollumfänglich umgesetzt.

Die Finanzkommission hat die Rechnung 2005 an zwei Sitzungen geprüft sowie diverse persönliche Besprechungen mit Ressortvorstehern, Abteilungsleitern und Vertretern der Finanzverwaltung geführt. Über die Detailprüfung der Finanzkommission besteht ein sehr umfassendes Protokoll. Die Fragen der Finanzkommission an den Gemeinderat wurden durch den Gemeinderat ausführlich beantwortet. Auf eine gemeinsame Sitzung Finanzkommission und Gemeinderat konnte verzichtet werden. Ich möchte dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung, aber auch allen Abteilungen, im Namen der Finanzkommission für die gute Führung sowie für die gewährte Transparenz und die bereitwillige Offenlegung sämtlicher Unterlagen herzlich danken. Die Prüfung der Rechnung konnte damit speditiv, effizient und offen erfolgen.

Die BDO Visura attestierte der Finanzverwaltung eine einwandfreie Rechnungsführung, was von der Finanzkommission nur zustimmend bestätigt werden kann. Die Fragen zu den einzelnen Ressorts in der vorliegenden Rechnung konnten Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit Ihren Vertretern aus der Finanzkommission in Ihren Fraktionssitzungen anschauen und besprechen. Ich verzichte damit im Sinne einer effizienten Sitzung darauf, bei all den einzelnen Konten die Ausführungen und Bemerkungen der Finanzkommission zu wiederholen, behalte mir aber vor, allenfalls bei Fragen oder Stellungnahmen aus dem Plenum, sofern notwendig, die Haltung und Ansicht der Finanzkommission mitzuteilen.

Franz-Beat Schwere: Die SVP-Fraktion freut sich über den guten Abschluss per 31. Dezember 2005. Die Rechnung 2005 schliesst - wie bereits in den vergangenen Jahren - mit einem grossen Überschuss ab. Es zeigt sich, dass die Steuereinnahmen im Bereich der Einkommens- und Vermögenssteuern von natürlichen Personen wiederum sehr positiv ausgefallen sind und eine starke Ertragsbasis für die Gemeinde Wettingen darstellen. Man muss sich bewusst sein, dass diese Ergebnisverbesserung dank steigender Einnahmen zustande kam und nicht in Form von Kosteneinsparungen.

Ein spezielles Augenmerk ist auf die materielle Hilfe an Private zu legen, da im vergangenen Berichtsjahr wesentliche Kostensteigerungen im Vergleich zum Voranschlag zu verzeichnen waren.

Der erfreuliche Rechnungsabschluss 2005 zeigt auf, dass unsere Forderungen in Bezug auf eine höhere Steuerfusssenkung im vergangenen Jahr durchaus gerechtfertigt waren. Weiter ist unsere Fraktion der Meinung, dass eine moderate Steuerfusssenkung von 3 % durchaus vertretbar ist, da die SVP-Fraktion einerseits der Ansicht ist, dass die befürchteten Kostenumlegungen vom Kanton auf die Gemeinde nicht im erwarteten Ausmass eintreten werden und andererseits sind wir zuversichtlich, dass solche positive Abschlüsse auch in Zukunft möglich sind – auch wenn nicht im Ausmass von rund 10 Steuerprozenten jedes Jahr. Aus Sicht der SVP-Fraktion wird der Einfluss vom Kanton erst im Jahr 2008 die ersten Einflüsse auf die Jahresrechnung haben und auch nicht in der Form, wie zurzeit in den Medien zu lesen ist.

Die SVP-Fraktion hat aus diesem Grund heute eine entsprechende Motion für eine Steuerfusssenkung von 3 % für das Budget 2007 eingereicht.

Wir sind für das Eintreten auf die Rechnung 2005.

Beat Brunner: Ich nehme den Ball betreffend Steuersenkung nicht auf, dafür den betreffend Danksagung. Wir können allen Beteiligten zu diesem hervorragenden Ergebnis gratulieren. Den Mitarbeitenden aus der Gemeindeverwaltung und den Betrieben danke ich im Namen der FDP-Fraktion für Ihren Einsatz. Dass auch die Politik ihren Teil zu diesem Ergebnis beigetragen hat, ist unbestritten.

Auch wenn wichtige Investitionen nicht getätigt werden konnten, ist das Resultat einmal mehr ein gutes Zeugnis für den vor einigen Jahren eingeschlagenen Kurs. Die heutige Ausgabenpolitik, insbesondere bei den laufenden direkt beeinflussbaren Kosten, erlauben hohe Abschreibungen und eine beinahe vollständige Reduktion der Schulden. Der umsichtige Umgang mit den Steuergeldern ist eine gute Tugend und die vorliegende Rechnung ist ein Beweis dafür. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

Markus Maibach: Auch die Fraktion SP/WettiGrün begrüsst die vorliegende Rechnung und dankt dem Gemeinderat und insbesondere der Finanzverwaltung herzlich für die geleistete Arbeit. Es fallen zwei Punkte besonders auf: 1. haben wir sehr volle "Säcke" im Bereich der Eigenwirtschaftsbetriebe, andererseits fällt auf, dass die Verschuldung praktisch Null ist. Wir befinden uns an einem Wendepunkt. Erstmals mussten vorgezogene Abschreibungen gemacht werden. Es fällt aber auch auf, dass einige Investitionen nicht getätigt werden konnten. Wir hoffen, dass sich dies in Zukunft ändern wird.

Thomas Meier: Selbstverständlich ist auch die CVP-Fraktion für Eintreten. Zum wiederholten Male haben wir einen erfolgreichen Rechnungsabschluss, dies ist erfreulich. Dies ist aber nicht das Einzige. Die Gemeinde Wettingen ist schuldenfrei, der Steuerfuss ist auf einem angenehm tiefen Niveau, Investitionen können mit gutem Gewissen und Zuversicht angegangen werden. Alle Parameter zusammen sind wir nicht die Besten der Besten, aber wir haben viele gute Rahmenbedingungen. Dies ist ein echter Leistungsausweis für alle, die an diesem Resultat mitgearbeitet haben. Hier gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Marco Kaufmann: Auch ich möchte im Rahmen der Fraktion Forum 5430/EVP allen Beteiligten für diese grosse Leistung danken. Es ist mehr oder weniger durch meine Vorredner alles schon gesagt worden. Wir sind erfreut über das vorliegende Ergebnis und hoffen, dass die geplanten Investitionen umgesetzt werden.

Eintreten nicht bestritten

Detailberatung

0. Allgemeine Verwaltung - 6. Verkehr

Keine Bemerkungen.

7. Umwelt, Raumordnung

711 Abwasserbeseitigung

Reto Würmli: Die Gebühren für die Abwasserbeseitigung wurden kürzlich gesenkt. Das sieht man auch am Gebührenknick 2004/2005 von Fr. 3.56 Mio. auf Fr. 2.67 Mio. Davon wurden wiederum Fr. 1.38 Mio. als Einlagen in Spezialfinanzierung, also als Reserven verbucht. Im 2004 waren es Fr. 2.41 Mio. Total sind heute Fr. 5.8 Mio. als Spezialfinanzierung zusammengekommen.

Speziell daran ist auch noch, dass trotz diesen Überschüssen vor ca. 2 Jahren die Regelung der Wasserzähler bei Regenwassernutzungsanlagen zu Ungunsten des Bauherrn geändert wurde. Das heisst, dass das Regenwasser nur für die Abwasserbeseitigung genau gezählt wird (früher war das ein Pauschalbetrag). Eine weitere Gebührenreduktion müsste man sich überlegen.

8. Volkswirtschaft - 9. Finanzen, Steuern

Keine Bemerkungen.

EWV

Keine Bemerkungen.

Rückkommen

Nicht verlangt.

Abstimmung

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Verwaltungsrechnungen 2005 der Einwohnergemeinde sowie des Elektrizitäts- und Wasserwerkes werden genehmigt.

4 Rechenschaftsbericht 2005

Eintreten

Andreas Rufener: Der Gemeinderat hat der Geschäftsprüfungskommission den Rechenschaftsbericht 2005 der Gemeinde Wettingen zur Prüfung überwiesen. Es war das erste Geschäft in der neuen Zusammensetzung nach den Wahlen.

Als Schwerpunktprüfung haben wir den Bereich „Öffentliche Sicherheit“ betrachtet. Anlass war das Zusammenlegen der Polizei mit Neuenhof und die Umbauten im Rathaus.

Jürg Feitknecht, Leiter der Sicherheitsabteilung stand uns Red und Antwort zu folgenden Themen: Zusammenführung mit Neuenhof, der Zusammenarbeit mit Baden (dem ehemaligen Partner), Personellem, den Auswirkungen des neuen Polizeigesetzes und den Räumlichkeiten im Rathaus.

Im Bereich Zusammenarbeit und Räumlichkeiten sind keine Probleme, jedoch ist es sehr schwierig, neues gutes Personal zu finden. Dieses ist jedoch notwendig, da durch das neue Polizeigesetz weitere Aufgaben von den Gemeinden übernommen werden müssen. Da die Ausbildungsstätte am Schweizerischen Polizeiinstitut in Neuenburg aufgehoben wurde, wird es eventuell zu Abwerbungen kommen, da bis zum Start der Ausbildung im Aargau ein allgemeiner Mangel an Polizistinnen bzw Polizisten herrscht.

Unsere Fragen zum Rechenschaftsbericht hat der Gemeinderat schriftlich beantwortet, anschliessend luden wir den Gemeinderat zu einer Sitzung ein und konnten so nachhaken oder Unklarheiten der Antworten bereinigen. Wir konnten dabei die Richtigkeit und Vollständigkeit des Rechenschaftsberichtes feststellen und bedanken uns für die geleistete Arbeit.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig den Rechenschaftsbericht 2005 der Gemeinde Wettingen zu genehmigen.

Eintreten stillschweigend beschlossen

Detailberatung

0. Allgemeine Verwaltung

Pendente Vorstösse:

Thomas Bodmer: Ich habe eine Frage zu S. 16, konkret zu meinem Postulat vom 12. Mai 2005 betreffend Corporate Governance im Finanz- und Rechnungswesen der Gemeinde sowie deren Eigenwirtschaftsbetriebe und Werke. Ist es schon umgesetzt? Ich habe festgestellt, dass das EW über Fr. 14 Mio. Bargeld auf dem Kontokorrent platziert hat. Es interessiert mich, ob das Rechnungswesen nun zusammengeführt wird und in diesem Zusammenhang habe ich gehört, das EW möchte eine neue Software anschaffen.

Gemeinderat Dr. Markus Dieth: Das Postulat ist am 8. Dezember 2005 durch den Einwohnerrat überwiesen. Es wurde damals schon gesagt, dass die Entwicklung betreffend Strommarktiliberalisierung abgewartet werden muss. Das Postulat wurde durch den Gemeinderat an die Verwaltungskommission überwiesen. Die Verwaltungskommission EW wird das Geschäft nach den Sommerferien behandeln und dem Gemeinderat eine Stellungnahme unterbreiten. Anschliessend wird der Einwohnerrat durch den Gemeinderat informiert.

1. Öffentliche Sicherheit - 11. Regionale Körperschaften

Keine Bemerkungen.

Rückkommen

Nicht verlangt.

Abstimmung

Einstimmig fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Rechenschaftsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2005 wird genehmigt.

5 Finanzplan 2006-2010

Markus Maibach: Mit dem Finanzplan 2006-2010 teilt der Gemeinderat seine Investitionsabsichten und seine aktuelle Einschätzung zur Entwicklung der finanzpolitischen Schlüsselgrössen (insbesondere die Entwicklung des Nettoaufwands und Steuerertrags) mit. Es ist eine Planungs- und Entscheidungsgrundlage und dient gleichzeitig als Information zuhanden des Einwohnerrats.

Der vorliegende Finanzplan unterscheidet sich im Vergleich zu früheren Versionen in wesentlichen Punkten:

- Der Erarbeitung des Investitionsprogramms liegt ein gesteuerter Prozess zugrunde. Im Rahmen einer Klausur hat der Gemeinderat seine Ziele für die Legislaturperiode formuliert und darauf abgeleitet das Investitionsprogramm entwickelt. Damit ist der Inhalt des Investitionsprogramms wesentlich transparenter und nachvollziehbar.
- Die Prognose der Schlüsselgrössen ist fundiert und hat verschiedene Elemente (eigene Abschätzungen, kantonale Prognosen) berücksichtigt.

Diese Entwicklung ist positiv zu würdigen. Der Finanzplan ist damit transparent, klar und konsistent und erfüllt so auch seine ihm ursprünglich zugeordnete Aufgabe.

Der Finanzplan führt zu folgenden Ergebnissen:

- Trotz leicht zunehmender Verschuldung resultiert kein Finanzfehlbetrag.
- Es werden keine Pflichtabschreibungen vorgenommen.
- Der Investitionswille der Gemeinde wird sichtbar. Insgesamt sind Fr. 71 Mio. geplant. Darin ist das Notwendige ohne Luxusinvestitionen.
- Mit der Zunahme des Nettoaufwands von 1 % zeigt der Gemeinderat seinen Sparwillen.
- Mit dem konstanten Steuerfuss setzt der Gemeinderat auf Kontinuität, dies insbesondere auch wegen der schlechter werdenden Belastungsquote.

Die Finanzkommission hat den Finanzplan eingehend diskutiert ist zum Schluss gekommen, dass die Berechnungen und Annahmen seriös und realistisch sind und damit auch die verschiedenen Unsicherheiten (unter anderem Entwicklung kantonales Steuergesetz) angemessen berücksichtigen. Generell ist der Finanzplan sehr ambitiös. Die grössten Herausforderungen liegen bei den Zielen des Nettoaufwands (der niedriger als in den Vorjahren ist) und beim Realisieren des hohen Investitionsvolumens. Die ambitionierte Umsetzung dürfte zusätzliche Personalressourcen bei der Abteilung Bau und Planung erfordern.

Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute und transparente Arbeit und empfehle dem Einwohnerrat, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Der Finanzplan ist ein Planungs- und Arbeitsinstrument des Gemeinderates. Entstanden ist er einerseits aus den Zielsetzungen des Gemeinderates für die Amtsperiode und andererseits aus der Beurteilung der derzeitigen und der absehbaren zukünftigen Finanzsituation. Der Finanzplan ist damit die finanzpolitische Absichtserklärung des Gemeinderates. Er ist die Grundlage für Budgetierungen und Kreditbegehren. Dann kann der Einwohnerrat politisch aktiv werden; der Finanzplan selber ist vom Einwohnerrat lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Der Finanzplan ist ferner Grundlage und Ausgangsbasis für die rollende Finanzplanung: Jedes Jahr werden zwischen dem Rechnungsabschluss und der Budgetierung der Stand der Investitionsvorhaben und die finanziellen Eckwerte überprüft. Dieser überarbeitete Finanzplan geht nur an die Finanzkommission. Ich bitte den Einwohnerrat, den vorliegenden Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen

Andreas Rufener: Mit Interesse haben wir den Finanzplan 2006-2010 zur Kenntnis genommen. In den dazugehörigen Zielsetzungen des Gemeinderates haben wir verschiedene Anliegen unserer Mitglieder gefunden. Es handelt sich dabei um die Erarbeitung eines Landschaftsentwicklungskonzeptes, der Optimierung der Verkehrsabläufe auf dem Bahnhofplatz, der Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie der Sanierung der Holzbrücke durch den Kanton. Leider haben wir keine Zielsetzung des Gemeinderates gefunden, welche den Charakter der Gemeinde als Gartenstadt bewahrt.

Thomas Bodmer: Auch die SVP-Fraktion hat den Finanzplan eingehend studiert. Auch die SVP-Fraktion anerkennt, dass dieser Finanzplan sehr viel besser ist als vergleichbare Finanzpläne der Vorjahre. Der Gemeinderat hat sich bemüht, die einzelnen Annahmen genauer zu kalkulieren. Ich finde es schade, dass es so viel politischen Druck brauchte, bis wir einen Finanzplan in dieser Qualität erhalten haben. Der Finanzplan zeigt, dass in allen Jahren Überschüsse von zu Fr. 5 Mio. pro Jahr zu erwarten sind. Dies obwohl die Einnahmen in diesem Finanzplan ausserordentlich präzise budgetiert wurden und auf der Ausgabenseiten immer noch Wachstumsraten vorgesehen sind, die deutlich höher über dem Bruttosozialprodukt liegen. Es hat ein paar Ausgabepositionen, bei denen ich ein Fragezeichen setze. Im Grossen und Ganzen kann man sicher sagen, ein Finanzplan in dieser Art ist ok. Er enthält aber immer noch sehr viel Luft.

Eindrücklich zeigt der Finanzplan, das ist auch das Lobenswerte an diesem Finanzplan, dass die Steuergesetzrevision die der Grosse Rat in einer ersten Lesung verabschiedet hat, auf Gemeinden nur sehr geringfügige Auswirkungen hat, und in den meisten Gemeinden keine Einnahmehinfortfälle zu erwarten sind. Im Gegenteil, die Steuereinnahmen steigen trotz Steuergesetzrevision immer noch sehr stark an.

Beat Brunner: Die FDP-Fraktion hat erfreut vom vorliegenden Finanzplan Kenntnis genommen. Er unterscheidet gegenüber seinen Vorgänger insbesondere dadurch, dass er nicht von hüten und drüben mit Kritik überhäuft wird. Speziell hervorzuheben gilt, dass er sich wie mit einem roten Faden am Leitbild orientiert. Es kommt dazu, dass jede Position im Investitionsprogramm im Anhang begründet ist. Dies erhöht die Glaubwürdigkeit dieses Papiers erheblich. Die einzelnen Positionen im Investitionsprogramm sind plausibel. Ein klares Bekenntnis des Gemeinderates zum eingeschlagenen Kurs sieht die FDP darin, dass nicht eine Auswahlentscheidung mit verschiedenen Steuerfüssen präsentiert wurde, sondern dass der Gemeinderat eine klare Linie fährt und von einem bestimmten Steuerfuss ausgeht und diesen über mehrere Jahre beibehalten möchte.

Für das laufende Jahr sehen wir, dass wir noch relativ viel Potential hätten, angesichts der aufgelaufenen Investitionen. Unsers Erachtens würde es sich lohnen, Anstrengungen zu unternehmen, Flachdachsanierungen oder andere einfache, kurzfristig zu realisierende Ausgaben zu tätigen, damit wir nicht wieder hohe vorgezogene Abschreibungen tätigen müssen.

Die FDP-Fraktion nimmt vom vorliegenden Finanzplan 2006-2010 mit gleich bleibenden Steuerfuss gerne Kenntnis. Eine Senkung des Steuerfuss ist sicher für das nächste Jahr für die FDP kein prioritäres Thema.

Thomas Meier: Ich bin nicht das erste Mal dabei, wenn es darum geht einen Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Wie bereits gesagt wurde, war dies bisher für den Gemeinderat in den früheren Diskussionen jeweils eine Stunde der Schelte. Es wurden Worst-case-Szenarien aufgelistet, welche fern von jeglicher Realität lagen. Dementsprechend wurde auch ein Finanzplan vorgelegt. Die CVP-Fraktion stellt mit grosser Genugtuung fest, dass dies beim vorliegenden Finanzplan nicht der Fall ist. Wir hören die Zufriedenheit im Einwohnerrat, es wird uns zugehört und wir werden ernst genommen. Oder vielleicht ist es auch so, dass einige, die nun auf der anderen Seite sitzen, sich daran erinnern haben, was sie selbst einmal gefordert haben...

Der Finanzplan versucht so realistisch wie möglich daher zu kommen, deshalb wird bei den Investitionen auch mit dem so genannten Unsicherheitsfaktor gerechnet. Dies ist keine bössartige Abzwackung von Investitionen im Voraus. Sondern damit wird versucht, die Realität besser abzubilden. Die aufgelisteten Investitionen für die nächsten 5 Jahre machen aus unserer Sicht Sinn. Es gibt uns eine gute Einschätzung, was ungefähr auf uns zukommen wird. Weiter sieht man die gute finanzielle Situation mit der Nullverschuldung. Dies kommt klar hervor. Künftige Investitionen zur Werterhaltung und zur Attraktivitätssteigerung der Gemeinde können mit Zuversicht angegangen werden. Nicht ganz tragen wir die Sorge des Gemeinderates zur Belastbarkeitsquote. Die Investitionen sind nicht so riesig, dass uns dieser Faktor zum Problem werden könnte. Dies ist eine rein mathematische Folge und keine so schlimme Konsequenz. Wenn sie etwas aussagt, dann sagt sie sicher nichts Negatives aus. Der vorliegende Finanzplan ist für unser aber keine Grundlage für eine Steuerfussdiskussion am heutigen Tag. Handkehrum ist er aber auch kein Freipass für die nächsten 5 Jahre den Steuerfuss zu zementieren. Es ist eine Grundlage, damit sind die Rahmenbedingungen, so zu sagen der Sandkasten, abgesteckt. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen, dieses Sandkasten, sind viele verschiedene Parameter festgehalten, die verändert werden können. Es besteht die Möglichkeit von weiteren zusätzlichen Pflichtabschreibungen, die eventuell gemacht werden könnten, die Einschätzung der Steuererträge, die Entwicklung von Aufgaben und die Bereitschaft zur Neuverschuldung oder eben Nicht-Neuverschuldung. All diese Punkte zusammen geben das ganze Finanzbild und nicht nur ein Faktor.

In diesem Sinne, mit dem Abstecken des Sandkastens, nimmt auch die CVP-Fraktion vom vorliegenden Papier Kenntnis und dankt dem Gemeinderat.

Der Finanzplan 2006-2010 wird vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen.

6 Kreditbegehren von Fr. 210'000.00 für die Erstellung eines kommunalen Salzsilos mit Muldenanlage

Patrick Bürgi: Das vorliegende Geschäft wurde in der Finanzkommission durch Werner Hartmann geprüft. Aufgrund seiner Abwesenheit erläutere ich Ihnen kurz den Antrag der Finanzkommission.

Zurzeit verfügt die Gemeinde Wettingen über kein eigenes Salzsilos. Vorübergehend konnte das Angebot der Stadt Baden genutzt werden. Diese Lösung war jedoch von Anfang als Übergangslösung gedacht. Heute bietet sich für die Gemeinde Wettingen die Gelegenheit, an einem prädestinierten Standort ein eigenes Salzsilos mit Muldenanlage zu realisieren. Die Platzierung ist im Gebiet Fohrhölzli auf einer gemeindeeigenen Parzelle vorgesehen. Das Baubewilligungsverfahren wurde bereits durchgeführt. Einsprache ergingen keine.

Der vorgeschlagene Standort ist erschliessungsmässig für die Zu- und Wegfahrt der Salz transportierenden Lastwagen, aber auch für den Umschlag von Schnittgut sehr gut geeignet. Umwelttechnischen Aspekten wird insofern Rechnung getragen, dass der Boden unter dem Salzsilo entwässert und der Abfluss der Kanalisation zugeführt wird.

Der Bedarf des zu erstellenden Salzsilos sowie der Muldenanlage ist ausgewiesen und die Kosten wurden mit total Fr. 210'000.00 ermittelt. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig bei 7 Anwesenden die Gutheissung des vorliegenden Kreditbegehrens.

Pius Benz: Die SVP-Fraktion unterstützt das Kreditbegehren von Fr. 210'000.00 für die Erstellung eines Salzsilos und einer Muldenanlage. Es ist eine Notwendigkeit für Wettingen, auch diesbezüglich auf eigenen Beinen stehen zu können.

Fraglich ist jedoch der vorgesehene Standort beim Fohrhölzli. Die Muldenanlage ist damit sehr dezentral gelegen und der Standort führt daher zu mehr Leerfahrten. Grössere Mengen von Grüngut werden heute schon nach Otelfingen zur Kompogas-Anlage gebracht. Längerfristig wäre eine Muldenanlage im Bereich Werkhof zu realisieren, weil damit die Entsorgungsmöglichkeiten für verschiedene Materialien besser optimiert werden können.

Thomas Bodmer: Gegen den vorgesehenen Standort im Fohrhölzli-Bernau ist meines Erachtens nichts einzuwenden und ich werde auch dem Projekt für die Grünabfuhrmulde zustimmen. Es handelt sich dennoch um ein sehr sensibles Gebiet, ein Naturschutzgebiet, dass viele Spaziergänger anzieht. Ich habe deshalb ein paar Fragen an den Gemeinderat.

Wie man weiss, muss die Liegenschaft dort unten versteigert werden. Kann ich davon ausgehen, dass die Gemeinde als Vermieter bei dieser Steigerung auftreten wird, damit neben dem Salzsilo Platz für weitere gemeindeeigene Nutzungen zur Verfügung steht? In diesem Sinne hat auch der Bau dieses Salzsilos eine präjudizierende Wirkung. Ich bin erstaunt, dass am Standort des Bauamtes ein Salzsilo nicht möglich ist, aber anscheinend in einem Naturschutzgebiet. Ich habe deshalb folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Ist das Projekt so angelegt, dass der Erholungscharakter dieses Gebietes nicht beeinträchtigt wird?
2. Bleibt insbesondere dieses Gebäude erhalten, welches noch vor wenigen Jahren als besonders schützenswertes Objekt im Zonenplan der Gemeinde Wettingen aufgeführt wurde?
3. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass mit der vorgesehenen Nutzung den Anliegen der Bewohner der angrenzende Liegenschaften und der erholungssuchenden Bürger Rechnung getragen wird?

Gemeinderat Felix Feiner: Man kann davon ausgehen, dass nicht all zu viele Transporte mit Schnittgut stattfinden werden. Die Anzahl ist jedoch saisonal abhängig. Dem Gemeinderat ist bekannt, dass diese Verbindung Richtung Limmat und Tägerhard für Fussgänger wichtig ist.

Thomas Bodmer: Bleiben die bestehenden Bäume in diesem Gebiet stehen?

Gemeinderat Felix Feiner: Meines Wissens nach ja.

Beschluss des Einwohnerrates

Dem Kreditbegehren von Fr. 210'000.00 für den Bau eines kommunalen Salzsilos mit einer Muldenanlage im Gebiet Fohrhölzli wird einstimmig zugestimmt.

7 Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen

Eintreten

Patrick Bürgi: In den vergangenen Jahren wurden durch den Einwohnerrat verschiedene Kreditvorlagen (oder auch Budgetkredite) für die familienergänzende Kinderbetreuung (Krippe, Mittagstisch, Hort, Verein Tagesfamilie, Blockzeiten an Kindergärten etc.) behandelt. Die politischen Geschäfte sind bekannt, weshalb auf weitere Ausführungen verzichtet werden kann.

Die Kommission Tagesstrukturen unter der Leitung von Vizeammann Heiner Studer mit Vertretern aus Einwohnerrat, Schulpflege und Schulleitung hat dem Gemeinderat betreffend das Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen konkrete Empfehlungen und Vorschläge unterbreitet. Heute liegt das Konzept mit Anträgen des Gemeinderates sowie der Finanzkommission zur Behandlung vor.

Das vorliegende Konzept wurde von der Finanzkommission als sehr erfreuliche Vorlage mit einem hohen Detaillierungsgrad, vorhandenen Auswahlmöglichkeiten und dennoch mit konkreten Anträgen des Gemeinderates sehr positiv entgegengenommen. Zusätzlich zur Papiervorlage wurde im Vorfeld am 29. Mai 2006 eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Dabei konnten verschiedene Bedürfnisse, Fragen und Unklarheiten bereits entgegengenommen und beantwortet werden.

Namens der Finanzkommission empfehle ich Ihnen Eintreten auf diese Vorlage.

Eintreten stillschweigend beschlossen

Detailberatung

1. Einführung Blockzeiten

Patrick Bürgi: Dem Konzept liegt die Einführung von Blockzeiten an den Primarschulen in Wettingen zu Grunde. Detailliert wird die Einführung dieser Blockzeiten in der Vorlage nicht behandelt. Festzustellen ist, dass bereits heute Familienblockzeiten eingeführt sind. Diese sollen beibehalten werden. Zusätzlich soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine ergänzende Betreuung der Kinder von morgens 8.00 Uhr bis mittags 12.00 Uhr einzuführen. Nebst der schulischen Minimalbetreuung von 9.00 bis 11.00 Uhr würde zusätzlich ein Betreuungsangebot von 8.00 bis 9.00 Uhr und 11.00 bis 12.00 Uhr bestehen. Insgesamt spricht nichts gegen die Einführung von Blockzeiten. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen deshalb einstimmig bei 7 Anwesenden die Einführung von Blockzeiten an der Unter- und Mittelstufe der Wettinger Schulen.

Thomas Bodmer: Ich habe im letzten Herbst ein Postulat eingereicht, dass an den Wettinger sofort Blockzeiten eingeführt werden sollen, möglichst nach dem Modell, wie es an den Wettinger Kindergärten seit einigen Jahren praktiziert wird. Das Postulat beinhaltet unter anderem eine Tagesbetreuung für alle Kinder. Ich habe auch angeregt, zusätzliche Mittel einzusetzen, damit es keine Ausfälle im Schulunterricht mehr gibt. Der Einwohnerrat hat das Postulat an der letzten Sitzung entgegen genommen.

Die SVP hat das Konzept behandelt und stellt fest, dass das vorliegende Konzept nicht all unseren Wünschen entspricht. Es können unserer Meinung nach nicht alle Familien gleich profitieren. Wir hätten es begrüsst, wenn das Konzept am Morgen zeitlich so angesetzt worden wäre, dass Mütter, welche in der Privatwirtschaft arbeiten, ihre normalen Arbeitszeiten besser einhalten könnten.

Wir hätten insbesondere auch gewünscht, dass es ein Angebot gibt für die geplanten und ungeplanten Unterrichtsausfälle, welche man als Eltern von Schulkindern ständig miterleben kann. Obwohl das Konzept nun sehr vorzeitig vorliegt, sind die unerwarteten Faktoren nicht miteinberechnet. Wir haben rein schulorganisatorische Massnahmen vorgeschlagen.

Mit einem gewissen Interesse habe ich den Stundenplan meines 8-jährigen Sohnes, welcher die 2. Klasse in Wettingen besucht, studiert. Ich stelle fest, dass dieser Stundenplan 2006/2007 dem vorliegenden Konzept schon sehr, sehr ähnlich ist. Es ist anscheinend problemlos möglich, ein Kind in der 1. oder 2. Klasse während 7 Stunden hintereinander zu unterrichten. Noch vor ein paar Monaten wurde dies als unmöglich erachtet. Anlässlich eines Schulbesuches habe ich festgestellt, dass dies kein Problem ist. Die Stadt Zofingen hat übrigens Blockzeiten nach dem von mir vorgeschlagenen Modell eingeführt. Aber in Wettingen wehrt man sich sogar gegen einen Versuch, trotz der gleichen rechtlichen Situation.

Wir sind für Blockzeiten und werden deshalb dem Antrag des Gemeinderates für die Grundkonstruktion 1 Light-Variante zustimmen. Obwohl wir der Auffassung sind, dass die Art und Weise der Umsetzung für die Eltern und die Kinder nicht ideal ist. Wir werden unter Punkt 3 einen Antrag formulieren. Bei den übrigen Anträgen stimmen wir dem Gemeinderat zu.

Eva Lanz: Die Einführung von Blockzeiten ist ein grosses gesellschaftspolitisches Bedürfnis, das von der FDP unterstützt wird. Wir begrüssen deshalb das Konzept familienergänzende Kinderbetreuung mit der Einführung der Blockzeiten auf das Schuljahr 2007/2008. Es ist ein wichtiger Einstieg in eine neue Denkweise, die sich an den Schulen durchsetzen muss. Es ist erfreulich, dass Wettingen hier die Initiative ergreift und nicht länger auf kantonale Vorgaben wartet. Das Modell Grundkonstruktion 2, unbestritten attraktiv, weil es allen Kindern zugute käme und kostenneutral wäre. Aber es ist nach Auffassung der FDP aufgrund der heutigen Schulstrukturen noch nicht umsetzbar. Hier stehen für uns die Interessen der Kinder im Vordergrund. Es ist allerdings zu hoffen, dass der Kanton in absehbarer Zeit das Blockzeitenmodell kantonsweit einführen wird und damit hoffentlich auch die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Seitens unserer Schulpflegerinnen wurde uns bestätigt, dass die Schulpflege bei der Stundenplangestaltung auf eine Konzentration des Unterrichts am Vormittag hinwirkt, also weg von den bisherigen verstückelten Stundeneplänen. Auch dem Problem der vielen Ausfallstunden, welches wir anerkennen, will man sich annehmen. Es ist in einer modernen Schule unverzichtbar, dass sich die Eltern auf den Stundenplan verlassen können und nach Möglichkeit keine kurzfristigen Änderungen eintreten. Die FDP hat sich entgegen dem Gemeinderat entschieden, die Grundkonstruktion 1 Vollvariante zu unterstützen. Der Kostenfaktor bei der Light-Variante, vor allem wenn die Elternbeiträge in Abzug gebracht werden, ist für uns zu wenig bedeutend, als dass man von einer umfassenden Lösung absehen sollte.

Marie-Louise Reinert: Die Fraktion EVP/Forum 5430 ist erfreut über das schön ausgearbeitete Konzept. Wir sind erfreut, dass nun endlich etwas geschieht und stimmen der Einführung von Blockzeiten zu.

Abstimmung

Einstimmig fällt der Einwohnerrat folgenden

Beschluss:

Ab Schuljahr 2007/2008 werden an der Unter und Mittelstufe der Wettinger Schule Blockzeiten eingeführt.

2. Varianten Blockzeiten (Grundkonstruktion 1 (Light- oder Vollvariante) oder Grundkonstruktion 2)

Patrick Bürgi: Entgegen dem gemeinderätlichen Antrag sprach sich die Finanzkommission für die Einführung der Grundkonstruktion 1 (GK 1) aus. Zur Beurteilung der Vorlage muss grundsätzlich in Erinnerung gerufen werden, dass die Randzeitenbetreuung (insbesondere am Morgen) vorwiegend für die Primarschüler der 1. und 2. Klasse geschaffen werden soll und diese von sehr grosser Bedeutung ist. Bereits ab der 3. Klasse besuchen die Kinder vielfach die Schule von 8.00 bis 12.00 Uhr, weshalb die Nachfrage nach einer Fremdbetreuung am Morgen kleiner sein wird.

Da die GK 2 des Konzeptes durch die Finanzkommission zum Vornherein abgelehnt wurde, konzentrierte sich die Diskussion auf die Ausführungen zur GK 1 und zur GK 1 light.

Gründe, weshalb der Gemeinderat im Konzept die GK 1 light vorschlägt, sind nicht vorhanden. Im persönlichen Gespräch mit Heiner Studer ging aus seinen Voten klar hervor, dass der Gemeinderat „das Fuder nicht überladen wollte“. Konkret bedeutet dies, dass der Gemeinderat Kosten einsparen wollte. Grundsätzlich begrüsst die Finanzkommission diese Haltung des Gemeinderates und der damit bekundete Sparwillen sehr. Vorliegend sind die finanziellen Auswirkungen, ob GK 1 oder GK 1 light eingeführt wird, jedoch nicht relevant. Unter Berücksichtigung von Elternbeiträgen, welche mit rund 30 bis 40 % eingeschätzt werden, würde die Einführung der GK 1 rund Fr. 50'000.00 Mehrkosten als GK 1 light verursachen (Elternbeteiligung mit 30 % gerechnet). Diese Mehrkosten sind in der Sache unbedeutend. Insgesamt konnten bisher keine Gründe dargelegt werden, welche gegen die GK 1 sprechen. Die GK 1 bietet absolute Flexibilität und möglichst vielen Kindern (bzw. Eltern) möglichst viele Varianten der Fremdbetreuung. Die fast grenzenlose Flexibilität ermöglicht, eine sehr grosse Mehrheit der Betreuungsbedürfnisse der Bevölkerung abzudecken. Bereits mit der Einführung von 20 Betreuungsplätzen pro Schulkreis könnten diese Bedürfnisse gestillt werden. Insgesamt könnte demgemäss mit der Einführung der GK 1 eine Betreuung der Kinder von morgens 8.00 Uhr bis abends 16.30 Uhr gewährleistet werden. Eine teilzeitmässige Arbeitstätigkeit des kinderbetreuenden Elternteils wäre dementsprechend ohne weiteres möglich. Insgesamt empfiehlt Ihnen die Finanzkommission bei einem Abstimmungsverhältnis von 5:2, die GK 1 zu realisieren.

Ausdrücklich ist jedoch bereits an dieser Stelle festzuhalten, dass die Finanzkommission nicht bereit war, weitere Begehrlichkeiten zu unterstützen. Diesbezüglich wird ausdrücklich an die Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Eltern appelliert. Es ist nicht die Aufgabe des Staates bzw. der Gemeinde Wettingen, eine 100 %-ige Kinderbetreuung von frühmorgens bis spätabends und auch noch in den Ferien zu gewährleisten. Eltern von Kindern haben sich für diese entschieden, und es ist ihnen durchaus zumutbar, für einzelne zusätzliche Betreuungs-Halbstunden private Lösungen zu suchen. Im Übrigen ist auch offensichtlich, dass diejenigen Eltern, die eine 100 %-Betreuungslösung für ihre Kinder suchen, sowieso die Leistungen eines Kinderhortes in Anspruch nehmen müssen. Insbesondere die Einführung von Betreuungszeiten ab 7.30 bis 8.00 Uhr bzw. 16.30 bis 18.00 Uhr würde ein um einen grossen Faktor höheres Potential von Nachfragen hervorrufen. Während diesen Zeiten haben die Primarschüler nämlich keinen Unterricht. Massive Kostensteigerungen und Platzprobleme wären vorprogrammiert.

Marianne Ryf: Heutzutage nimmt 1/3 aller Haushaltungen mit Kindern familienergänzende Betreuung in Anspruch. Sei dies nur für ein paar Stunden oder regelmässig halb- oder ganztags. Das sind doppelt so viele wie vor 10 Jahren. Man weiss inzwischen auch, dass 40 % der Schulkinder, bei denen die Eltern arbeiten, nicht beaufsichtigt sind. Ein umfassendes Angebot im Bereich Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung ist deshalb kein Luxus, sondern eine Investition welche sich lohnt. Die Fraktion SP/WettiGrünen sieht, dass mit dieser ersten Festlegung von familienergänzender Kinderbetreuung einen Schritt in die richtige Richtung gemacht wird und ist deshalb für die Variante Grundkonstruktion 1 Vollversion.

Eva Lanz: Wir haben die Diskussion Light- oder Vollvariante innerhalb unserer Fraktion auch geführt. Es gab vereinzelte Stimmen, die der Auffassung waren, dass die Light-Variante auch genügt, weil die Schule keine Hortfunktion ausüben muss. Aber wir waren schlussendlich der Auffassung, dass der Kostenfaktor bei der Light-Variante, insbesondere wenn man noch die Elternbeiträge in Abzug bringt, nicht wesentlich genug ist, als dass man jetzt nicht eine umfassende Lösung anbieten sollte. Wichtig sind für die FDP auch die Beiträge der Eltern. Auch hier muss das Verursacherprinzip zur Anwendung kommen. Der Einwohnerrat wird nach den Sommerferien Gelegenheit haben, diese Beiträge im Elternbeitragsreglement festzulegen. Die FDP ist für die GK 1 Vollversion.

Thomas Meier: Es liegt uns ein ausführliches Papier vor. Weiter hatten wir die Möglichkeit, an einer Informationsveranstaltung noch weitere Informationen zu erhalten. Die CVP-Fraktion war an dieser Veranstaltung vollständig vertreten und wir hatten in einer anschliessenden Diskussion relativ schnell festgestellt, oder zumindest das Gefühl erhalten, dass sehr viele Personen unterschiedliche Auffassungen hatten, um was es eigentlich ging. Unsererseits ist wichtig, zwei Sachen festzuhalten: 1. Es ist eine Schulvorlage mit zusätzlichen Betreuungsstunden und es ist nicht eine Tagesstrukturbetreuungsanlage im Bereich Krippe und Hort. 2. Es handelt sich um eine familienergänzende und nicht um eine familienersetzende Betreuung.

Blockzeiten werden von der CVP vorbehaltlos unterstützt. Es ist uns wichtig, dass ein Modell gefunden wird, wo das Kind im Vordergrund steht und nicht das Wohl der Eltern oder gar der Lehrkräfte. Es ist deshalb klar, dass wir die Grundkonstruktion 1 gegenüber der Grundkonstruktion 2 klar bevorzugen. Innerhalb der GK 1 gibt es zwei Varianten. Hier unterstützt die CVP auch einstimmig den Antrag der Finanzkommission für die so genannte umfassende Variante. Doch auch hier die Frage: Was heisst umfassend? Umfassend heisst: Im Gegensatz zur Light-Variante umfassend. Es heisst nicht vom Morgen früh bis Abend spät, an 365 Tagen im Jahr, da es sich ja um eine Schulpflicht und nicht um eine Tagesstrukturpflicht handelt. Die umfassende Variante hat Betreuungsstunden am Vormittag, Mittagstisch und mögliche Betreuungsstunden am Nachmittag. Die Grundidee, auch bei der Light-Variante, ist die Freiwilligkeit. Die Eltern entscheiden selber, ob und in welchen Umfang ihre Kinder von diesem Angebot profitieren sollen und können. Es können auch nur einzelne Betreuungsstunden an einem Wochentag sein. D.h. für uns, dass von diesem Betreuungsangebot alle Familien profitieren können, dies ist unser wichtigstes Anliegen. Zum Schluss noch eine grundsätzliche Anmerkung: Die Welt hat sich verändert, dies soll man auch berücksichtigen. Aber Eltern, welche sich für eine Eigenbetreuung ihrer Kinder entschieden haben, stehen ihren Kindern nicht im Weg. Dies kann durchaus auch eine Weltanschauung sein.

Unter diesem Gesichtspunkt wird eine Möglichkeit geboten, welche von sehr vielen genutzt werden kann, aber trotzdem viel Freiraum lässt. Wir unterstützen ganz klar die Grundkonstruktion 1 in der umfassenden Version.

Thomas Bodmer: Ich bin der Auffassung, dass die von mir vorgeschlagene Variante den Bedürfnissen der Einwohner, welche an der Orientierungsveranstaltung waren, besser entspricht. Es ist aber nicht überraschend, dass die Finanzkommission die GK 1 Vollvariante wählte. Sie besteht erstens nur aus Männern und zweitens hat die Mehrheit der Mitglieder selber keine Kinder. Ich bin überzeugt, dass Eltern mit Kindern die Situation anders beurteilen und deshalb gerne ein anderes Konzept hätten. Die SVP-Fraktion spricht sich für die Light-Variante aus.

Marie-Louise Reinert: Auch wir unterstützen den Antrag der Finanzkommission, d.h. die GK 1 Vollvariante. Die meisten Vorteile wurden bereits erwähnt, ich möchte aber noch ein Argument anbringen. Kinder, die sich selber überlassen werden, haben zum Beispiel den Fernseher oder sich selbst. Wenn Kinder sich selber oder Gruppe überlassen werden, ist das nicht unbedingt gut. In der Oberstufe sieht man dann, was rauskommt, wenn die Lehrer zweimal die gelbe Karte und dann die rote Karte zeigen müssen. Dies hat Folgen auf die Karriere.

Wir waren einer Meinung, dass die Grundkonstruktion 1 Vollvariante eine mutige Lösung in die richtige Richtung ist.

Vizeammann Heiner Studer: Es geht um die Frage, in welcher Form Blockzeiten eingeführt werden sollten. In der Kommission Tagesstrukturen wurden vier verschiedene Varianten diskutiert und der Schulpflicht dargelegt. Dies war ein hochinteressanter Bearbeitungsprozess. Nun werden dem Einwohnerrat zwei verschiedene Varianten unterbreitet. Die Grundkonstruktion 1, mit den Varianten Light oder umfassend, und die Variante Bodmer. Nach Auffassung des Gemeinderates und der Schulpflicht ist die Grundkonstruktion 1 aus pädagogischen Gründen die sinnvollste. Das Postulat Bodmer wollte im Grunde nur eines, nämlich dass dem Einwohnerrat verschiedene Varianten unterbreitet werden. Dies ist nun geschehen. Ich werde mich hier nicht mehr für die gemeinderätliche Light-Variante der Grundkonstruktion 1 aussprechen, da der Gemeinderat heute morgen entschieden hat, sich hinter den Finanzkommissionsantrag zu stellen. Die Mehrheit der Fraktionen steht ja schliesslich auch hinter dieser Variante. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Finanzkommission zustimmen.

Einwohnerratspräsident: Da sämtliche Fraktionen, ausser der SVP, dem Vorschlag der Finanzkommission zustimmen und sich auch der Gemeinderat diesem angeschlossen hat, müssen wir nun den Antrag der Finanzkommission (GK 1 Vollvariante) dem Antrag Bodmer (GK 1 Light-Variante) gegenüber stellen.

Thomas Bodmer: Für das Protokoll möchte ich festhalten, dass es sich hierbei nicht um einen Antrag "Bodmer" handelt, so wie das vorliegende Konzept nicht das Konzept "Studer" ist, sondern dass es sich dabei um einen Antrag der SVP handelt.

Abstimmung

Mit 38 : 10 Stimmen wird der Antrag der Finanzkommission, die Grundkonstruktion 1 in der umfassenden Variante zu realisieren, angenommen.

3. Textiles Werken

Patrick Bürgi: Das textile Werken in den 2. Primarschulklassen wurde aus Spargründen vom Kanton gestrichen. Bereits laufen jedoch Bestrebungen, das Textile Werken wieder einzuführen.

Das Textile Werken ist eine sinnvolle und nach Meinung von Experten eine sozialpädagogisch wichtige Beschäftigung der Primarschüler. Insbesondere die Förderung der motorischen Fähigkeiten und das Zusammenspiel von Kopf, Herz und Hand sind erwiesenermassen im Primarschulalter besonders wichtig für die Entwicklung des Kindes. Spätestens ab der 3. Primarschulklasse ist bereits heute der Besuch des Textilen Werkens obligatorisch und wird vom Kanton finanziert. Mit der Wiedereinführung des Textilen Werkens in Wettingen könnten die 2.-Klässler schulisch umfassender betreut werden. Mit der Wiedereinführung des Textilen Werkens könnten die Betreuungsstunden, welche vorwiegend für die 1.- und 2.-Klässler zur Verfügung stehen, allenfalls reduziert werden. Dass dies, wie der Gemeinderat in der Vorlage ausführt, praktisch kostenneutral ist, ist mit Sicherheit nicht zutreffend. Vielmehr muss für die Wiedereinführung des Textilen Werkens mit jährlichen Kosten von rund Fr. 60'000.00 bis Fr. 80'000.00 gerechnet werden.

Mit der Wiedereinführung des Textilen Werkens für die 2.-Klässler könnte ein klares Zeichen für eine sinnvolle Beschäftigung der Primarschulkinder gesetzt werden. Selbst wenn Wettingen das Textile Werken wieder einführt, wird dies nicht als falsches Signal in Aarau verstanden werden, dazu müssten die Gemeinden flächendeckend mitmachen, was jedoch nicht zu erwarten ist. Nach einer kontrovers geführten Diskussion beantragt Ihnen die Finanzkommission im Abstimmungsverhältnis von 3:3 mit 1 Enthaltung und dem Stichentscheid des Präsidenten, das Textile Werken wieder einzuführen.

Eva Lanz: Wir haben dieses Thema ähnlich kontrovers diskutiert wie die Finanzkommission. Die einen Mitglieder waren der Auffassung, dass es für unsere Kinder wichtig ist, auch nicht-kopflastige Fächer zu fördern und wenn dann noch berücksichtigt wird, dass ein Teil der Randstunde eingespart werden können, ist es auch in finanzielle Hinsicht sicher vertretbar. Die Gegner, zu denen auch ich gehöre, finden, dass im Hinblick auf den Harmonisierungsgedanken im Schulbereich, von Alleingängen abgesehen werden sollte. Dies ist nicht mehr zeitgemäss. Man sollte nicht auf Gemeindeebene Sachen machen, die Aufgaben des Kantons wären. Falls das Textile Werken aus pädagogischen Gründen in den Lehrplänen wieder aufgenommen wird, soll es der Kanton im ganzen Kanton einführen und auch finanzieren. Die FDP-Fraktion hat Stimmenfreigabe beschlossen.

Thomas Bodmer: Ich war selber dabei, als der Grosse Rat vor 2,3 Jahren die Weichen gestellt und beschlossen hat, auf das Textile Werken auf dieser Schulstufe zu verzichten. Der Antrag auf das Textile Werken zu verzichten, wurde damals vom Vorsteher des BKS, Rainer Huber, gestellt. Im Vordergrund standen nicht Spargründe, sondern es wurden andere Gründe erwähnt. Auch hat Herr Huber mit grosser Überzeugungskraft dazu beigetragen, den Grossrat zu überzeugen, dass dieses Angebot auf dieser Stufe nicht nötig ist.

Aber es wie es typisch ist für unseren Staat, können Entscheide immer wieder umgestossen werden. So war es auch hier. Es wurde ein entsprechendes Postulat im Grossrat eingereicht. Das Postulat wurde dann auch überwiesen. Ich wurde von meinen Fraktionskollegen sehr in die Zange genommen werden, weil ich an jener Sitzung nicht anwesend war und die Überweisung des Postulates mit 60 zu 60 und Stichtentscheid der Präsidentin gefällt worden. Dieses Angebot wurde zwei Jahre vorher, auf Antrag des BKS, gestrichen. Wenn ich mich recht erinnere, ist der Entscheid nur wegen 2 Stimmen Unterschied so gefällt worden.

Ich persönlich schaue dies als die total falsche Art und Weise an, wir haben dies auch bei der Diskussion um die Spitalschliessung erlebt, was das bedeutet, bis zu Drohungen an die betreffenden Personen, die sich dazumal engagieren mussten um die dringend nötigen Strukturveränderungen durchzusetzen. Die SVP-Fraktion ist unter anderem deshalb dagegen, dass die Gemeinde beim Kanton in Bereiche eingreift, die eigentlich in der Hoheit des Kantons liegen.

Marianne Ryf: Die Fraktion SP/WettiGrünen sieht im Textilen Werken nur Vorteile und darum sind wir einstimmig der Meinung, dass das Textile Werken unbedingt eingeführt werden muss.

Thomas Meier: Ich möchte kurz etwas zum Votum von Thomas Bodmer sagen. Es kann manchmal wirklich mühsam sein, wenn man von einer Lobby belästigt wird oder noch schlimmer, wenn man für etwas einsteht und dafür nicht nur Gegenmeinungen hört, sondern fast bedroht wird.

Trotzdem möchte ich noch zwei Sachen sagen: Traue keiner Statistik die du selber gefälscht hast und traue keiner Aussage die du selber nicht bewusst falsch aussagst. 6 von 7 Finanzkommissionsmitgliedern haben Kinder und in der Antwort des Regierungsrates zum Postulat wurde ganz klar gesagt, die Abschaffung des Textilen Werken in der 2. Klasse war eine politische Massnahme zur Verbesserung des Finanzhaushaltes. Dies ist meine Aussage, diese kann genau so falsch sein.

Zum Inhalt: Unsere Fraktion war nach der Diskussion ganz klar der Meinung, dass der Entscheid des Kantons damals ein Fehler gewesen ist. Wer diesen Fehler wieder korrigieren soll, ist eine schwierige Frage. Dies hat Eva Lanz auch angedeutet. Wir sind der Meinung, dass es richtig ist, auf der Gemeindeebene ein Signal in Richtung Aarau auszustrahlen, in dem wir das Textile Werken wieder einführen mit dem klaren Wunsch, dass Aarau diese Bemühungen, die jetzt bereits wieder am Laufen sind, forcieren wird. Die CVP-Fraktion spricht sich für die Wiedereinführung des Textilen Werken aus.

Marianne Weber: Ich würde gerne auch noch Thomas Bodmer antworten. In diesem Fall wird für die Kinder lobbiiert. Es ist sehr wertvoll, wenn sich Eltern für ihre Kinder einsetzen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es Kinder gibt, die intellektuell nicht so brillieren in der Schule. Vor allem für sie ist es sehr wertvoll ist, wenn für diese noch ein zusätzliches Fach angeboten werden kann, in dem sie gut oder besser sein können als ihre Mitschüler. Darum unterstütze ich den Vorschlag der Finanzkommission sehr.

Marie-Louise Reinert: Für die Kinder in Wettingen ist es nicht wichtig, ob das Textile Werken vom Kanton oder Gemeinde angeboten wird. Wichtig ist, dass es angeboten wird und die Kinder dort etwas lernen können. Alle hier drin, die eigene Kinder haben wissen das. Ein Fach wie das Textile Werken kann auch gut sein für den Kopf.

Vizeammann Heiner Studer: Der Gemeinderat ist für das Textile Werken. Für uns wäre es der Idealfall, wenn sich die Aargauische Politik im Sommer oder im Herbst entscheiden würde. Die Frage, ob Textiles Werken sinnvoll ist oder nicht, ist im Gemeinderat gar nicht gefallen, da dies nicht umstritten ist. Die Schulpflege und die Kommission haben dieses Thema bewusst in die Vorlage genommen. Der Gemeinderat hat die Erfahrung gemacht, dass der Kanton immer mehr Aufgaben abschiebt, für die er eigentlich selber zuständig wäre. Wir wollen uns gegen diese "Abschiebementalität" wehren. Diese Haltung wird auch von der Gemeindeammännerversammlung unterstützt. Die Gemeindeammänner des Bezirks Badens, darunter auch unserer Gemeindeammann, haben beim Regierungsrat ein Schreiben mit der Bitte um Wiedereinführung eingereicht.

Abstimmung

Mit 36 : 11 Stimmen, bei 1 Enthaltung wird der Antrag der Finanzkommission zur Einführung des Angebots "Textilen Werken" in den 2. Primarschulklassen angenommen.

4. Tageskindergarten:

Patrick Bürgi: Erneut entgegen dem Gemeinderat beantragt Ihnen die Finanzkommission, auf die Schaffung eines Tageskindergartens zu verzichten. Der Gemeinderat beabsichtigt, für eine Kindergartenklasse eine Tagesbetreuung von 7.30 bis 17.00 Uhr einzuführen. Diese Betreuung geht zeitlich weiter als die Betreuung anschliessend im Schulalter der Kinder mit der GK 1. Bereits ein Jahr nach einer allfälligen Einführung des Tageskindergartens käme zwingend die Forderung nach Tagesstrukturen an den Wettinger Schulen. Dann nämlich, wenn die 6-jährigen Tageskindergärtner in die Schule übertreten. Solche Tagesstrukturen sind auch mit der GK 1 nicht vorhanden. Die Finanzkommission ist nicht bereit, in Wettingen Tagesstrukturen zu schaffen. Im Übrigen kann es doch nicht sein, dass im Kindergarten ein Angebot geschaffen würde, welches in der Schule nicht mehr weitergeführt wird. Offensichtlich käme dies einer Rückstufung gleich. Kommt hinzu, dass an den Wettinger Kindergärten flächendeckend Blockzeiten für alle Kinder von 8.00 bis 12.00 Uhr eingeführt sind. Nebst den bereits existierenden Blockzeiten handelt es sich bei der Betreuung der Kinder ab 12.00 bis 17.00 Uhr um eine rein ausserschulische „Krippenbetreuung“. Diese Betreuung ist nach Auffassung der Finanzkommission nicht Aufgabe der Gemeinde, sondern klar Aufgabe der Kinderkrippen. Diesbezüglich verfügt Wettingen über ein grosses und flächendeckendes Angebot. Finanziell werden die Kinderkrippen ebenfalls unterstützt. Die Gemeinde würde mit der Schaffung des Tageskindergartens allenfalls sogar in Konkurrenz zu den Krippen treten. Dies ist nicht zu befürworten. Zusammenfassend beantragt Ihnen die Finanzkommission, auf die Schaffung eines Tageskindergartens zu verzichten, Abstimmungsverhältnis 5:2.

Thomas Meier: Ich möchte mich dem Votum meines Vorredners anschliessen. Auch die CVP-Fraktion lehnt aus den gleichen Gründen den Antrag des Gemeinderates ab und stimmt dafür dem Antrag der Finanzkommission zu.

Eva Lanz: Auch wir können uns dem anschliessen. Wir sind aus den gleichen Gründen gegen die Schaffung eines Tageskindergartens und schliessen uns dem Antrag der Finanzkommission an.

Thomas Bodmer: Auch die SVP ist gleicher Meinung wie die Finanzkommission. Ich werde deshalb nicht weiter darauf eingehen.

Esther Elsener: Die Fraktion SP/WettiGrünen ist für die Einführung eines Tageskindergartens. Es handelt sich dabei um ein freiwilliges Angebot. Ein Tageskindergarten fördert das Verhalten der Kinder bezüglich sozialen und sprachlichen Kompetenzen in stabilen Gruppen. Dies ist ein wichtiger Punkt für die gelungene Einschulung. Wir haben in Wettingen zwar Hort- und Krippenplätze. Diese sind aber sehr rar und es ist nicht gewährleistet, dass alle Kinder, die einen Platz benötigen, auch einen Platz erhalten. Zudem müssen teilweise lange Wege in Kauf genommen werden.

Aus diesem Grund unterstützen wir einen Tageskindergarten und hoffen auch, dass im Laufe der Zeit diese Strukturen auch für die erste und zweite Klasse übernommen werden.

Vizeammann Heiner Studer: Es sind Bedenken aufgekommen, dass durch die Einführung eines Tageskindergartens automatisch Tagesstrukturen in der Schule angeboten werden müssen. Unser Konzept zielt auf die laufende Legislaturperiode ab. Nach den Gemeinderats- und Einwohnerratswahlen ist in neuer Zusammensetzung über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Der Gemeinderat hat in der Vorlage klar gesagt, dass es nicht unsere Absicht ist, überall generell einen Tageskindergarten einzuführen, so wie in der Zwischenzeit an allen Kindergärten Blockzeiten eingeführt worden sind, sondern dass es bis zum Ende dieser Amtsperiode bei diesem einen Angebot bleiben wird. In den Voten habe ich auf der einen Seite Angst gespürt, dass überall Tagesstrukturstrukturen eingeführt werden, auf der anderen Seite habe ich aber auch Hoffnung gespürt. Der Gemeinderat ist vom Angebot eines Tageskindergartens überzeugt. Es wäre eine Pionierleistungen, einen Tageskindergarten aufzubauen und deshalb eine spannende Sache. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Marie-Louise Reinert: Auch unsere Fraktion ist für die Schaffung eines Tageskindergartens. Die Argumente teilen wir mit der SP/WettiGrünen-Fraktion. Wenn wir durch Wettingen fahren, stellen wir fest, dass viele neue Häuser und Wohnungen entstanden sind. Dort wohnen immer mehr Frauen mit einer guten Ausbildung. Diesen Frauen sollten wir die Möglichkeit geben, Beruf und Familie zu vereinen. Dies wäre ein ganz klarer Standortvorteil für unsere Gemeinde.

Abstimmung

Der Antrag der Finanzkommission, auf die Einführung eines Tageskindergartens zu verzichten, wird mit 30 : 17 Stimmen, bei 1 Enthaltung angenommen.

5. Elternbeitragsreglement

Vizeammann Heiner Studer: Ich möchte vorgängig eine Erklärung abgeben. Das Reglement kommt nicht gleichzeitig mit den Kreditvorlagen, sondern vorher. In der Reglementarbeit sind wir wesentlich weiter. Das Reglement soll nicht nur für die Betreuungsstunden sowie den Mittagstisch gelten, sondern auch für die Horte. Voraussichtlich wird der Gemeinderat in 14 Tagen das Reglement formell verabschieden. Anschliessend wird es der Finanzkommission zur Prüfung zugewiesen. Anschliessend kann das Reglement mit ersten Zahlen hier beraten werden. In den Kreditvorlagen wird man bezüglich der finanziellen Auswirkungen natürlich konkreter sein. Ich möchte hier auf eine Informationsveranstaltung aufmerksam machen, welche am Montag, 21. August 2006 zu diesem Thema stattfinden wird (Anmerkung der Protokollführerin: wurde auf den 4. September 2006 verschoben). Es handelt sich um eine nicht öffentliche Veranstaltung. Eingeladen werden die Mitglieder des Einwohnerrates und der Schulpflege sowie die vom Reglement betroffenen Institutionen. An diesem Anlass werden wir das System des Reglements detailliert erklären.

Esther Elsener: Ich möchte den Punkt 3 des gemeinderätlichen Antrages ergänzen und stelle daher folgenden **Antrag:**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat zwei Varianten zur Realisierung der familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen zur Prüfung zu unterbreiten.

Variante a) Die Trägerschaft der Betreuungsangebote und Mittagstische in allen drei Schulkreisen übernimmt die Schule

Variante b) Die Trägerschaft der Betreuungsangebote und Mittagstische in allen drei Schulkreisen übernimmt ein Verein und wird vom Gemeinderat dafür beauftragt

Neben dem dazugehörigen erforderlichen Kreditbegehren und dem Elternbeitragsreglement werden zu beiden Varianten die Organisationsstruktur (z.B. Elternkontaktstelle, Administration, Inkasso, Qualitätssicherung, Koordination, Zusammenarbeit mit bestehenden Betreuungseinrichtungen, Funktionsteilung Schule – Betreuung) dem Einwohnerrat zur Prüfung unterbreitet.

Ich möchte Sie bitten, den Punkt in diesem Sinn zu erweitern.

Thomas Bodmer: Auch die SVP-Fraktion hat sich mit dem Thema Elternbeitragskosten beschäftigt, weil es doch ein wichtiges Thema ist. Die Gemeinde unterstützt Krippen etc. und wir haben uns im Einwohnerrat auch schon zu diesem Thema geäussert. Mit Hilfe des Rechenschaftsberichtes haben wir festgestellt, dass gegen 90 % der Wettinger Steuerpflichtigen, ein steuerbares Einkommen versteuern, dass tiefer ist als dasjenige, bei welchem man dann Elternbeiträge bezahlen müsste. Nach dem jetzigen Modell werden die Beiträge nach dem Giesskannenprinzip verteilt und es profitieren vorab Familien, die es eigentlich gar nicht nötig hätten. Ich hoffe, dass der Gemeinderat eine gute Lösung unterbreitet und das Inkasso ohne zusätzliches Personal abgewickelt werden kann. Ich komme nun zum Antrag der SVP. Er geht in die ähnliche Richtung wie derjenige der SP.

Wir wollen wissen, was die Betreuung effektiv kostet und das sieht man unserer Meinung nach am besten, wenn man dies einem externen Organ oder einem Verein übergibt. Wir möchten, dass in jedem Schulkreis die Vollkosten erhoben werden und wir in jedem Schulkreis die volle Transparenz haben, was diese verschiedenen Angebote kosten. Deshalb folgender **Antrag:**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat gleichzeitig mit den erforderlichen Kreditbegehren ein Elternbeitragsreglement zur Genehmigung zu unterbreiten (wie vom Gemeinderat beantragt). Die SVP-Fraktion verlangt ferner einen Vollkostenausweis pro Schulkreis. Ferner ist im Beschluss zu ergänzen, dass eine Elternbeteiligung vom mind. 50 % der Vollkosten vorzusehen ist.

Wir betrachten es nicht als richtig, dass die Gemeinden einen grossen Teil der Kosten für die Reichen finanziert, wie es beim jetzigen Modell der Krippen der Fall ist. Man könnte möglicherweise diese Anträge vereinen, beide würden sehr gut zusammenpassen

Patrick Bürgi: Die Finanzkommission wurde mit Protokoll des Gemeinderates vom 1. Juni 2006 in Kenntnis gesetzt, dass das Elternbeitragsreglement der Finanzkommission für die ordentliche Sitzung vom 22. August 2006 zur Verfügung stehen wird und anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 7. September 2006 behandelt werden soll. Damit würde das Elternbeitragsreglement den Kreditvorlagen vorgezogen. Dieses Vorgehen wird von der Finanzkommission begrüsst, zumindest muss das Elternbeitragsreglement spätestens gleichzeitig mit den erforderlichen Kreditbegehren vorliegen. Eine vorgezogene Beratung des Elternbeitragsreglements würde jedoch Vorteile bringen. Kommt hinzu, dass aus der Vorlage des Elternbeitragsreglements klar hervorgehen muss, welche finanziellen Auswirkungen das Elternbeitragsreglement auf die Kosten hat. Der gemeinderätliche Antrag gemäss Ziff. 3 der Vorlage wird Ihnen von der Finanzkommission einstimmig bei 7 Anwesenden zur Annahme empfohlen.

Thomas Meier: Der Einwohnerrat kann Lorbeeren ernten, hat er doch nach gut einer Stunde eine komplizierte und umfassende Vorlage auf einem guten Niveau miteinander besprochen und Lösungen gefunden. Beim letzten Punkt nun fangen die grossen Diskussionen an. Zum Vorschlag der SVP betreffend höhere Beiträge und Vollkosten möchte ich folgendes sagen: Ich glaube, wenn das Elternbeitragsreglement vorgelegt wird und der Gemeinderat sagt, dass ein gewisser Teil mit Elternbeiträgen abgedeckt wird, dass man darauf die Vollkosten mathematisch berechnen kann. Zum Votum von Esther Elsener: Ich habe fast etwas Angst, dass es einen Rückkommensantrag geben wird, nach dem wir gehört haben, was alles gefordert wird. Ich denke auch hier wurde im falschen Moment ein Forderungskatalog aufgestellt.

Zu den 50 % möchte ich inhaltlich Stellung nehmen. Die CVP-Fraktion ist nicht der Meinung, dass man den Gemeinderat auf einen Prozentsatz behaften soll. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat beabsichtigt 30 - 40 % zu verlangen. Welche Bevölkerungsschichten sich an den Kosten beteiligen und welche nicht, möchten wir im Rahmen des Reglements diskutieren. Weil das Reglement ja rechtzeitig kommt, haben wir die Möglichkeit Einfluss zu nehmen. Wir werden deshalb beide Anträge ablehnen und stimmen dafür, dass wir das Reglement rechtzeitig erhalten und in einem Umfang, damit man inhaltlich darüber diskutieren kann.

Eva Lanz: Ich schliesse mich diesem Votum an. Ich habe für die Anliegen von Thomas Bodmer zwar Verständnis, das Anliegen kommt aber zum falschen Zeitpunkt. Über diese Punkte sollte jetzt nicht geredet werden, weil wir damit der Diskussion beim Elternbeitragsreglement vorgreifen. Wir können diese Ansätze gerne diskutieren, auch wir sind für das Verursacherprinzip, aber wir sollten nicht jetzt Vorgaben machen, über die wir jetzt gar nicht diskutieren können.

Andreas Rufener: Der Antrag der SP möchte, dass ein zweites Modell durchgerechnet wird. Dies liegt klar im Interesse der Sache, dem Gemeinderat jetzt diesen Auftrag zu geben und nicht erst dann, wenn das Reglement vorliegt. Wir unterstützen daher den Antrag der SP.

Esther Elsener: Ich danke Andreas Rufener für sein Votum. Es ist wichtig, dass zwei verschiedene Varianten jetzt überprüft werden. Es geht darum, ob die Schule oder jemand anderes die geplanten Angebote anbieten soll. Die Schule wird in Zukunft sehr viele neue Aufgaben übernehmen müssen und wird sich weiterentwickeln. Es stellt sich die Frage, ob die Schule das überhaupt übernehmen muss oder allenfalls ein starker Partner beigezogen werden soll. Diese beiden Varianten müssen jetzt überprüft werden.

Thomas Bodmer: Der Antrag der SVP-Fraktion besteht aus zwei Elementen. 1. geht es darum, dass die Vollkosten der Angebote aufgezeigt werden und zwar pro Schulkreis und 2. geht es darum, dass die Eltern mind. 50 % der Vollkosten zu tragen haben. Beim Antrag des SP geht es darum, die unterschiedlichen Kosten für eine private oder gemeindeinterne Trägerschaft aufzuzählen, damit ersichtlich wird, welches die günstigere Variante wäre. Uns geht es um etwas Ähnliches. Ich kann mich daher dem Antrag der SP anschliessen, unter der Bedingung, dass die Zahlen detailliert und für jeden Schulkreis nachvollziehbar sind. Betreffend dem zweiten Element unseres Antrages sind wir einfach der Meinung, dass die geforderten 50 % die richtige Grössenordnung ist. Ansonsten könnte man gleich auf eine Beteiligung der Eltern verzichten, vor allem unter Berücksichtigung des administrativen Aufwandes.

Esther Elsener: Ich bin bereit, meinen Antrag zu ergänzen, dass die Kosten pro Schulkreis ausgewiesen werden müssen.

Vizeammann Heiner Studer: Wenn der Wunsch da ist, werden wir im Hinblick auf die Kreditvorlagen die Kosten einer gemeindeeigenen oder privaten Trägerschaft gegenüberstellen. Wir werden aufzeigen, welche Lösung günstiger ist, der Entscheid liegt dann bei Ihnen. Dieser Vergleich hilft uns auch aufzuzeigen, wo wir stehen, was wir und was die anderen haben. Ich sichere Ihnen zu, dass wir im Rahmen der Kreditvorlagen die Variante Privat oder Schule aufzeigen werden. Aber der Gemeinderat nimmt sich die Freiheit, eine der Variante zu empfehlen.

Der Antrag von Thomas Bodmer hätte die Konsequenz, dass untere Einkommen mindestens 50 % zahlen müssten und die Gutverdienenden einen eigentlichen Solidaritätsbeitrag zu leisten hätten. Somit könnten sich die unteren Einkommensklassen dieses Angebot nicht mehr leisten, obwohl sie es am dringendsten nötig hätten. Ich bitte Sie daher, den Antrag der SVP, die Beiträge der Eltern bei mind. 50 % festzulegen, abzulehnen. Die Forderungen des Antrages von Esther Elsener werden wir im Rahmen der Kreditvorlagen erfüllen.

Thomas Bodmer: Im Moment haben wir keine Aussagen darüber, wie hoch die prozentuale Beteiligung je nach Einkommen sein soll. Dies ist aber ein wichtiger Punkt. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag der SP. Ich möchte vom Gemeinderat nochmals bestätigt haben, dass die Vollkosten pro Schulkreis aufgezeigt werden.

Einwohnerratspräsident: Vizeammann Heiner Studer muss dies nicht bestätigen, Esther Elsener hat ihren Antrag entsprechend ergänzt.

Patrick Bürgi: Ich bin etwas erstaunt, dass der Gemeinderat nicht zu den Forderungen des Antrages Stellung genommen hat. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass abgewogen und abgeklärt wird, ob der Mittagstisch Privaten überlassen oder in der Gemeinde belassen werden soll. Dies sollte ja auch in der Kreditvorlage ersichtlich sein.

Was aber aus meiner Sicht der Grund für die Ablehnung dieses Antrages ist, dass Forderungen beinhaltet sind, damit das Reglement am Schluss ein 30-seitiges Buch sein wird. Ich möchte gerne nochmals wissen, wie konkret dieser Antrag formuliert ist, weil alle diese Forderungen aufgelistet wurden, ich bin nicht mal mit aufschreiben nachgekommen. Und wenn dies ein Teil dieses Antrags ist, lehne ich ihn klar ab und zweitens bin ich der Meinung, dass es unmöglich ist, in den nächsten 14 Tagen all diese Abklärungen vorzunehmen.

Einwohnerratspräsident: Der Antrag lautet wie folgt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat zwei Varianten zur Realisierung der familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen zur Prüfung zu unterbreiten.

Variante a) Die Trägerschaft der Betreuungsangebote und Mittagstische in allen drei Schulkreisen übernimmt die Schule

Variante b) Die Trägerschaft der Betreuungsangebote und Mittagstische in allen drei Schulkreisen übernimmt ein Verein und wird vom Gemeinderat dafür beauftragt

Neben dem dazugehörigen erforderlichen Kreditbegehren und dem Elternbeitragsreglement werden zu beiden Varianten die Organisationsstruktur (z.B. Elternkontaktstelle, Administration, Inkasso, Qualitätssicherung, Koordination, Zusammenarbeit mit bestehenden Betreuungseinrichtungen, Funktionsteilung Schule – Betreuung) dem Einwohnerrat zur Prüfung unterbreitet.

Die Ergänzung der SVP lautet: Dabei müssen die Vollkosten pro Schulkreis ersichtlich sein.

Vizeammann Heiner Studer: Ich möchte folgendes präzisieren. Wenn das Elternbeitragsreglement vorgelegt wird, können diese Frage noch nicht beantwortet werden. Mit dem Kreditbegehren wird der Gemeinderat die Kosten und die vorgesehene Organisation aufzeigen. Das Reglement ist auch für den Hort oder die Krippen vorgesehen. Es geht dort vor allem darum, nach welchen Kriterien die Eltern Beiträge zu bezahlen haben. Dies sind meiner Ansicht nach zwei verschiedene Sachen.

Thomas Meier: Im Elternbeitragsreglement wird im Detail das geregelt, über das wir jetzt abgestimmt haben. Aber nun ist eine Vermischung da. Meiner Meinung nach sollten diese beiden Sachen getrennt betrachtet werden. Ich bitte Sie daher, die Anträge abzulehnen. Ich sehe nicht ganz ein, was es bringen soll.

Beat Brunner: Ich habe den Eindruck, dass die Einführung der entsprechenden Organisationsstrukturen mehr kostet als die Einführung der beschlossenen Massnahmen als solches. Ich traue es dem Gemeinderat zu, dass er eine Variante vorschlagen wird, die gut funktionieren wird und auch für den Hort anwendbar sein wird. Ich schlage Ihnen deshalb vor, beide Anträge der SP und der SVP abzulehnen.

Esther Elsener: Ich möchte nochmals kurz mein Anliegen erklären. Es geht aus dem Konzept nicht hervor, wie die Organisationsstruktur aufgebaut werden soll. Es ist nicht klar, wer die unterschiedlichen Dienstleistungen wie beispielsweise Auskunft geben, Inkasso etc. anbieten soll. Deshalb soll der Gemeinderat zwei verschiedene Trägerschaften aufzeigen, damit der Einwohnerrat entscheiden kann.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates, mit der entsprechenden Präzisierung, ein Elternbeitragsreglement vor den entsprechenden Kreditbegehren dem Einwohnerrat zu unterbreiten wird einstimmig angenommen.

Der Ergänzungsantrag von Esther Elsener wird mit 27 : 21 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung

Mit 38 : 0, bei 10 Enthaltungen fällt der Einwohnerrat folgenden:

Beschluss des Einwohnerrates

1. Der Einwohnerrat nimmt vom Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen Kenntnis.
2. Die familienergänzende Kinderbetreuung wird wie folgt festgelegt:
 - 2.1.1 Ab Schuljahr 2007/2008 werden an der Unter- und Mittelstufe der Wettinger Schulen Blockzeiten eingeführt.
 - 2.1.2 Es ist die Grundkonstruktion 1 in der umfassenden Variante zu realisieren.
 - 2.2 Das Angebot "Textiles Werken" wird in den 2. Primarschulklassen eingeführt.
 - 2.3 Auf die Schaffung eines Tageskindergartens wird verzichtet.
- 3.1 Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat vor den erforderlichen Kreditbegehren ein Elternbeitragsreglement zur Genehmigung zu unterbreiten.
 - 3.2.1 Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat zwei Varianten zur Realisierung der familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schule zur Prüfung zu unterbreiten.

Variante A	Die Trägerschaft der Betreuungsangebote und Mittagstische in allen drei Schulkreisen übernimmt die Schule.
Variante B	Die Trägerschaft der Betreuungsangebote und Mittagstische in allen drei Schulkreisen übernimmt ein Verein und wird vom Gemeinderat dafür beauftragt.
 - 3.2.2 Neben dem dazugehörigen erforderlichen Kreditbegehren und dem Elternbeitragsreglement werden zu beiden Varianten die Organisationsstruktur (z.B. Elternkontaktstelle, Administration, Inkasso, Qualitätssicherung, Koordination, Zusammenarbeit mit bestehenden Betreuungseinrichtungen, Funktionsteilung Schule-Betreuung) dem Einwohnerrat zur Prüfung unterbreitet. Es müssen dabei die Vollkosten pro Schulkreis ersichtlich sein.

Wettingen, 31. August 2006

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Präsident

Werner Wunderlin

Protokollführerin

Sibylle Hunziker